

2. VERORTUNG IM FORSCHUNGSSTAND ZU MIGRATION UND DEMOKRATIE

Durch die Verbindung von empirischer Migrationsforschung und Gesellschaftstheorie ist dieses Buch in unterschiedlichen Feldern der Sozialwissenschaften verortet. In einem ersten Schritt gehe ich auf Studien zu migrantischer Selbstorganisierung ein, im zweiten Schritt beziehe ich mich auf Debatten zu Migration und Demokratie, um von diesen ausgehend einen eigenen Ansatz zu entwickeln. Eine Situierung meiner Arbeit in Debatten der Demokratie- und Gesellschaftstheorie wird hingegen vor allem in den Kapiteln III und VIII vorgenommen.

Migrantische Selbstorganisierung

Migration ist eine durchgängige historische Tatsache und auch gegenwärtig gesellschaftliche Realität (Bade 2000; Oltmer 2017; vgl. Mecheril et al. 2013). In der nationalstaatlichen Weltordnung – sowie in sozialwissenschaftlicher Forschung und Theorie – erscheint sie dennoch häufig als Bedrohung, meist als Problem oder aber als Lösung.² Die Perspektive derjenigen, die als Migrant_innen angesehen werden und hiermit verbundene Zuschreibungen kritisieren, wird nach wie vor vielfach ausgeblendet. Eben diese Perspektive nehme ich mit diesem Buch auf, indem ich von politischen Selbstorganisierungen migrantischer Jugendlicher ausgehe. Die Literatur zu Selbstorganisierungen von Migrant_innen in der deutschsprachigen Migrationsforschung weist zum einen weiterhin Lücken auf – wenn auch seit Anfang der 2010er Jahre eine Zunahme von Forschungsarbeiten zu verzeichnen ist – und ist zum anderen vom dominanten Integrationsimperativ und identitären Festschreibungen geprägt (vgl. Karakayali/Tsianos 2007: 8; Mecheril 2011). Die Selbstorganisierung von Migrant_innen wurde in den letzten Jahrzehnten oft entweder als Zeichen gescheiterter Integration oder als Instrument der Integrationspolitik verstanden (vgl. Pries/Sezgin 2010: 10).³

-
- 2 In Bezug auf nationale Gemeinschaften wird meist gefragt, zu welchen Nachteilen Migration führt, etwa im dominanten Diskurs über vermeintliche Integrationsdefizite von Migrant_innen (vgl. Hess et al. 2009; Bojadžijev 2012) oder die ihnen zugeschriebene Kriminalität (vgl. Gonzales 2014; Menjivar/Kanstroom 2014). Während in den USA seit jeher ein ökonomischer Diskurs der Öffnung mit einem kulturalistischen Diskurs der Schließung im Konflikt steht (Portes/Rumbaut 2014), wird Migration nun auch in Deutschland als ‚Chance‘ erkannt, wobei der ökonomische, demografische oder entwicklungspolitische Nutzen für die nationale Gemeinschaft ausschlaggebend ist. Grundsätzlich wird Migration jedoch weiterhin als eine bedrohliche Abweichung von der Norm verstanden – durch *Parallelgesellschaften* im ‚Inneren‘ und *Migrationsdruck* von ‚Außen‘.
- 3 Migration als das Nicht-Integrierte wird dabei einer integrierten, homogenen nationalen Gesellschaft gegenübergestellt (Bojadžijev 2012: 276). Helen Schwenken kritisiert die Integrationsperspektive, weil aus dieser migrantische Organisierungen lediglich hinsichtlich ihres Integrationspotentials in den Blick gerieten, Migration grundsätzlich als Problem betrachtet würde und diese Perspektive einer herrschenden Politik *über* Migrant_innen und nicht einer *Politik der Migrant_innen selbst* entspreche (2006: 28f.; vgl. Hess et al. 2009).

Ausnahmen sind vor allem die Studien von Manuela Bojadžijev (2012), Barbara Laubenthal (2007) und Helen Schwenken (2006), die die politische Selbstorganisierung von Migrant_innen in Europa aus einem anderen Blickwinkel untersuchen.

In ihrer historischen Analyse arbeitet Bojadžijev (2012) Kämpfe der Migration heraus, die sich in den wilden Streiks, Betriebskämpfen und Mietboykotts der 1960er und 70er Jahre manifestiert haben. Daran anschließend entwickelt sie eine „relationale Theorie des Rassismus“, in der nicht die rassistisch konstruierten Subjekte, sondern Kämpfe gegen Rassismus zum Ansatzpunkt der Analyse werden (ebd.: 14). Dabei bleibt das Spannungsverhältnis bestehen, dass Kämpfe der Migration sich gerade gegen die Verhältnisse richten, die diese Identität konstruieren: Solange Menschen *als Migrant_innen* subjektiviert werden, wird es *migrantische Kämpfe* geben. Dieses Verständnis einer Subjektivität, die in der Auseinandersetzung mit Herrschaftsverhältnissen entsteht (ebd.: 271), greife ich für eine Analyse gegenwärtiger Bewegungen auf. Laubenthal (2007) stellt die Frage nach Entstehungsvoraussetzungen von Kämpfen um Legalisierung in verschiedenen nationalen Kontexten (Frankreich, Spanien, Schweiz). Sie arbeitet anhand verschiedener Variablen Unterschiede zwischen Bewegungen für Legalisierung und ‚klassischen‘ Neuen Sozialen Bewegungen heraus (ebd.: 18f.) und kommt zu dem Ergebnis, dass „illegalen Migranten [...] für ihre politische Artikulation die Unterstützung nationaler Akteure benötigten, die die Forderung nach Regularisierung stellvertretend für sie aufstellten“ (ebd.: 233). Fraglich ist jedoch, inwieweit die Diagnose, dass migrantische Kämpfe auf Stellvertreterpolitik angewiesen seien, mit ihrer Forschungsperspektive zusammenhängt. Anstatt einer Analyse mit Kausalmodellen nachzugehen, beziehe ich stärker die Perspektive der Migration ein. In ihrer Arbeit *Rechtslos, aber nicht ohne Stimme* analysiert Schwenken die politischen Mobilisierungen, die Thematisierungsstrategien und die Legitimation von „MigrantInnen- und *pro-migrant*-Organisationen“ in der EU (2006: 14). In meiner Arbeit teile ich Schwenkens Perspektive, die Migrant_innen als politische Subjekte begreift und von einer relativen Autonomie bzw. Eigensinnigkeit der Migration ausgeht (ebd.: 32, 229). Für die Analyse greife ich allerdings weniger auf Konzepte der sozialen Bewegungsforschung zurück (ebd.: 320), sondern erarbeite Begriffe radikaler Demokratietheorie, um migrantische Kämpfe in einen weiteren gesellschaftstheoretischen Zusammenhang zu stellen.

Infolge einer neuen Welle der Flüchtlingsprotestbewegung in Deutschland ab dem Jahr 2012 sind zudem zahlreiche Aufsätze und Sammelbandbeiträge (Ataç et al. 2015, 2016; Johnson 2015) sowie kürzlich abgeschlossene Dissertationen erschienen (Wilke 2018; Niess 2018; Stierl 2018). Die meisten Arbeiten fokussieren die lokalen Flüchtlingsproteste in Berlin (Ulu 2013; Langa 2015; Fadaee 2015; Glöde/Böhlo 2015; Wilke/Lambert 2015; Schwierz 2016a) und Hamburg (Benigni/Pierdicca 2014; Meret/Della Corte 2016; Borgstede 2017), während andere unterschiedliche Selbstorganisierungen vergleichen (Monforte/Dufour 2013; Marciak/Tyler 2014; Oliveri 2016; Odugbesan/Schwierz 2018) und deren Zusammenhang als Bewegung (Klotz 2016) sowie transnationale Räume (Steinhilper 2018) untersuchen. Hervorzuheben ist das Buch von Christian Jakob (2016), der anhand von Berichten migrantischer Aktivist_innen die Geschichte der Flüchtlingsbewegung der letzten 20 Jahre erzählt. Zur Selbstorganisierung geflüchteter Jugendlicher gibt es nur wenige Publikationen, wie die Analyse von JoG-Mitbegründer Ibrahim Kanalan (2015) sowie vereinzelte Interviews, beispielhafte Erwähnungen und Fachzeitschriftenbeiträge (Jouni/Ziese 2016; McNevin 2013; Mies-van Engelshoven 2011). Einen besonderen Einblick in die Erfahrungen

junger Geflüchteter bietet das Buch *Zwischen Barrieren, Träumen und Selbstorganisation* vom Autor_innenkollektiv „Jugendliche ohne Grenzen“ (2018). Des Weiteren liegen Studien zu migrantischen Selbstorganisierungen vor, die weniger auf einen unsicheren Aufenthaltsstatus bezogen sind (Josten 2013; Kahveci 2017).

Die Forschung zu migrantischer Organisierung ist in den USA – wo der Begriff des (*grassroots*) *organizing* bereits den Aspekt der Selbstorganisierung beinhaltet – hingegen wesentlich umfangreicher (zur weiteren *Immigrant-Rights*-Bewegung siehe Voss/Bloemraad 2011; Gonzales 2014; Nicholls/Uitermark 2016; Nicholls et al. 2016); auch zur Bewegung undokumentierter Jugendlicher wurden, vor allem ab 2010, zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Die Literatur beschäftigt sich jedoch überwiegend mit studentischem Aktivismus und betont den Zusammenhang mit dem sogenannten Dreamer-Narrativ, das in einer frühen Phase der Bewegung entwickelt wurde (Abrego 2008; Seif 2011; Corrunker 2012; Wong et al. 2012; de la Torre/Germano 2014; Eisema et al. 2014; Negrón-Gonzales 2014, 2015; Truax 2015). In *Undocumented, Unapologetic, and Unafrain* untersucht Claudia Anguiano (2011) die Bewegung undokumentierter Jugendlicher in den USA von 2001 bis 2010. Unter Rückgriff auf *Critical Race Theory* analysiert sie die diskursiven Strategien, mithilfe derer die Jugendlichen ihre Positionen und Forderungen publik gemacht haben. Sie entwickelt eine aktivistische Methodologie und knüpft an ihre eigene Erfahrung als undokumentierte Migrantin und ihre Beteiligung in der Bewegung an (ebd.: 57f., 205ff.). Eine häufig zitierte Arbeit ist zudem *The DREAMers* von Walter J. Nicholls (2013). Aus Perspektive der Bewegungsforschung untersucht er die Produktion von Narrativen innerhalb der Bewegung sowie deren öffentliche Artikulation. Die Arbeit basiert neben einer Dokumentenanalyse auf Interviews sowie teilnehmender Beobachtung, die vor allem von seinen Doktorand_innen Dirk Eisema und Tara Fiorito mit der Gruppe *Dream Team Los Angeles* durchgeführt wurde (vgl. Eisema et al. 2014; Nicholls/Fiorito 2015).

Während die Studien von Anguiano (2011) und Nicholls (2013) einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, die Entstehung und Entwicklung der Bewegung undokumentierter Jugendlicher zu verstehen, können sie aufgrund ihres Erscheinungsdatums grundlegende Transformationen in den 2010er Jahren nicht erfassen. In dieser Zeit wendeten sich insbesondere die Selbstorganisierungen in Kalifornien vom Dreamer-Narrativ ab und richteten ihre politische Perspektive neu aus (Schwartz 2015b, 2016b). Im Anschluss an die Studien zu früheren Phasen der Bewegung und über deren Fokus auf undokumentierte Jugendliche als *Dreamers* hinausgehend, untersuche ich daher diese neueren Formen der politischen Selbstorganisierung. Hierbei kann vor allem an Analysen von undokumentierten Forschenden angeschlossen werden (Perez 2014; Unzueta Carrasco/Seif 2014).

Migration und Demokratie

Die bisherigen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zum Themenkomplex Migration und Demokratie (vgl. Rother 2016) tendieren dazu, die gegenwärtigen Formen der liberalen, repräsentativen Demokratie in ihrer nationalstaatlichen Ordnung als Norm zu setzen und Migration als Abweichung zu objektivieren.⁴ Hierbei wird meist

4 Siehe die Arbeit von Oliviero Angeli, der Migration als Problem für Demokratie beschreibt, wobei er für ein „Recht auf Ausschluss“ argumentiert (2018: 19; vgl. Miller 2017).

der Einfluss von Migration auf nationalstaatliche Demokratien in den jeweiligen ‚Herkunfts‘ oder ‚Zielstaaten‘ untersucht und bewertet. Die Partizipation von Migrant_innen wird an national strukturierten Politikprozessen und Normen gemessen und beurteilt (vgl. Martinello 2006; Hunger 2010). Migrant_innen partizipieren aus dieser Perspektive entweder in den national bereits etablierten Institutionen oder sie bilden eigene Kollektive, die aber nur als ethnische, nationale, kulturelle oder religiöse, nicht aber als *politisch* konstituierte Gruppen verstanden werden (ebd.: 105). Mit Bojadžijev (2012: 271), Mecheril et al. (2013) und anderen Autor_innen einer reflexiven und kritischen Migrationsforschung kann eine solche Perspektive kritisiert werden, insofern bloß die von der herrschenden nationalen Zugehörigkeitsordnung produzierten Subjekte beschrieben werden, nicht hingegen jene, die in Auseinandersetzung mit dieser Ordnung entstehen. Letztere werden von den meisten Ansätzen der Forschung zu Migration und Demokratie nicht thematisiert; die demokratischen Aspekte der migrantischen Kämpfe selbst werden kaum wahrgenommen.

Eine andere Sicht auf Migration und Demokratie wird mit radikaldemokratietheoretischen Ansätzen möglich. Demokratie wird aus dieser Perspektive nicht als eine bestimmte Staatsform begriffen, sondern als ein konflikthafter Prozess, in dem „Demokratisierung als unendliche Aufgabe“ (Heil/Hetzel 2006: 9) verstanden werden muss. Radikale Demokratietheorie kann in der Tradition des Post-Marxismus sowie als eine Strömung differenztheoretischer, poststrukturalistischer Sozialwissenschaften verstanden werden (Stäheli 2000a: 68). Der vielleicht wichtigste Text des radikaldemokratischen Ansatzes ist *Hegemonie und radikale Demokratie* (Laclau/Mouffe 2006). Hierin entwickeln Ernesto Laclau und Chantal Mouffe eine Diskurs- und Hegemonietheorie, die von der Pluralität sozialer Konfliktlinien ausgeht. Sie beschreiben die Konstruktion eines demokratischen Diskurses (ebd.: 195), der in gegenwärtigen Verhältnissen wirksam bleibt: Durch einen Bezug auf dieses Imaginäre der Gleichheit kann eine faktische Ungleichheit sichtbar gemacht und überwunden werden. Jacques Rancières (2002; 2012a) Konzeption der Demokratie bezieht sich ebenfalls auf diesen Grundsatz der Gleichheit. Im Gegensatz zu Laclau und Mouffe entwickelt Rancière allerdings keine vergleichbar komplexe Sozialtheorie. Mit ihm lässt sich dafür genauer verstehen, wie sich radikaldemokratische Kämpfe in und gegen Herrschaftsverhältnisse herausbilden. Er beschreibt keine Politik von Identitäten, sondern gerade deren Überwindung durch eine Subjektivierung in der demokratischen Praxis und die „Einrichtung eines Anteils der Anteillosen“ (Rancière 2002: 24). Insbesondere durch diesen Fokus eignet sich Rancières Theorie für eine Analyse migrantischer Kämpfe (vgl. May 2010). Diese wird schließlich erweitert durch radikaldemokratische Konzepte von Étienne Balibar (2005; 2012). Mit Balibar (2008: 526) kann über Rancière hinausgehend untersucht werden, inwiefern demokratische Interventionen in Institutionen eingeschrieben werden können (vgl. Celikates 2010a: 60; Balibar 2005: 139f.). Balibar entwickelt zudem einen Begriff aufständischer Bürgerschaft, wobei er sich auf migrantische Kämpfe bezieht, die ihm zufolge demonstrieren, dass Bürgerschaft nicht einfach ‚von oben‘ gewährt wird, sondern ‚von unten‘ erkämpft werden muss (2005: 73).

Akte der Bürgerschaft stehen auch im Zentrum der *Citizenship Studies* (Isin 2008; 2009; Mezzadra 2009; Nyers 2010; Rygiel 2011; Nyers/Rygiel 2012; Köster-Eiser-funke et al. 2014; Ataç et al. 2016; Schwiertz 2016b). So betont Engin Isin im Anschluss an Balibar und Rancière die Bedeutung von Akten der Selbstermächtigung, in denen sich Subjekte ungeachtet ihres Status als Bürger_innen konstituieren (Isin 2008:

18). Eine dezidiert theoretische Auseinandersetzung mit radikaldemokratischen Ansätzen bleibt jedoch aus, weshalb ich beabsichtige, diese über die *Citizenship Studies* hinaus für die Analyse migrantischer Kämpfe produktiv zu machen.

Des Weiteren befasse ich mich mit theoretischen Perspektiven, die – ausgehend von Gilles Deleuze und Félix Guattari (1988; 2005) sowie Michael Hardt und Antonio Negri (2003; 2013) – Konzepte von Rechten, Repräsentation und Bürgerschaft grundsätzlich infrage stellen (vgl. Papadopoulos et al. 2008; Papadopoulos/Tsianos 2013; Lorey 2012; 2016), wobei ich versuche, an diese Kritik anzuschließen. Die Entwicklung meiner Theorie radikaler Demokratie als Praxis basiert hingegen wesentlich auf den Schriften von Laclau/Mouffe, Rancière und Balibar, wobei ich auf deren Rezeption in der Sekundärliteratur eingehe (u. a. Stäheli 2006; Heil/Hetzel 2006; Bedorf/Röttgers 2010; Bröckling/Feustel 2010; Marchart 2010a; Flügel-Martinsen 2017; Comtesse et al. 2019).

Ausgehend von diesem Ansatz radikaldemokratischer Theorie entwickle ich einen spezifischen Analysefokus. Die politische Selbstorganisierung von Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltsstatus kann allerdings aus einer Vielzahl an Perspektiven betrachtet werden, die ich nur teilweise berücksichtigen kann. Entsprechend der jeweiligen Herangehensweise werden unterschiedliche Aspekte beleuchtet: Historische Analysen könnten die mit den Gruppen verbundenen Traditionen migrantischer Kämpfe untersuchen, Biografieforschung individuelles Engagement und persönliche Motivation, Organisationssoziologie die spezifischen Gruppenformen und -prozesse, Gender- und Rassismusforschung die Auswirkung intersektionaler Machtverhältnisse und die Jugendsoziologie die besondere Bedeutung von Adoleszenz als Lebensphase und soziale Position. Zudem greife ich nur vereinzelt auf Konzepte der sozialen Bewegungsforschung zurück, mit denen etwa die Chronologie von Protestereignissen, Ressourcen oder politische Gelegenheitsstrukturen untersucht werden könnten (vgl. Snow et al. 2004; della Porta/Diani 2006).⁵ Stattdessen entwerfe ich eine alternative Analyseperspektive, durch die Aspekte der politischen Subjektivierung, der Produktion von Öffentlichkeit sowie der Artikulation von (Un-)Recht in den Blick geraten.

In Bezug auf den Forschungsstand gehe ich somit erstens von einem Bedarf an empirisch fundierten Studien aus, die politische Selbstorganisierungen von migrantischen Jugendlichen hinsichtlich deren Perspektiven analysieren, und zweitens von einem Bedarf an theoretischen Rekonzeptualisierungen des Verhältnisses von Migration und Demokratie.

5 Ansätze der sozialen Bewegungsforschung zielen üblicherweise auf präzise und meist einschränkende Kategorisierungen (vgl. Leidinger 2015: 64). Sie setzen in ihrem Politikbegriff oftmals einen Bezug zum Staat voraus, etwa im Konzept von „politischer Intervention“ (Raschke 1985: 274) oder „contentious politics“ (Tilly/Tarrow 2015: 7). Um begriffliche Engführungen zu vermeiden und dem theoretischen Erkenntnisinteresse zu folgen, nutze ich nur vereinzelt Konzepte der Sozialen Bewegungsforschung, sofern diese einen analytischen Mehrwert bieten und in die radikaldemokratietheoretische Perspektive integriert werden können. Dabei kann an zahlreiche Studien zu selbstorganisierten und solidarischen Protesten angeschlossen werden (Schwenken 2006; McGregor 2011; Freedman 2011; Rosenberger/Winkler 2014; Rosenberger et al. 2017, 2018; della Porta 2018).